

Inhalt

Einleitung: Aus Monroe wird Donroe	7
1. Der Weg zur Weltmacht: Von der Monroe-Doktrin zum Imperium	14
2. Antikommunistisches Domino: Interventionen, Geheimaktionen und Einmischung im Kalten Krieg	31
3. Neue Prioritäten: Neoliberale Globalisierung und Linkswende in Lateinamerika	55
4. Schlingerkurs im Weißen Haus: Von Obama über Trump zu Biden	76
5. Neues Dominanzstreben: Trump entdeckt die westliche Hemisphäre wieder	97
6. Drohungen, Entführung, Anreize: Die „Donroe-Doktrin“	123
Ausblick: Wo bleibt der Widerstand?	151
Zeitchronik	157
Literaturverzeichnis	161

Einleitung: Aus Monroe wird Donroe

Mitten in der Nacht waren in Teilen der venezolanischen Hauptstadt Caracas plötzlich Explosionen zu hören. Es folgte Hub-schrauberlärm. Aus dem Schlaf gerissen, dachten nicht wenige Anwohner:innen an einen möglichen Putsch. Was tatsächlich geschah, war so unwahrscheinlich, dass es sich kaum jemand hatte vorstellen können. Mit der Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro am 3. Januar 2026 intervenierten die USA erstmals seit 1989 wieder eigenmächtig in Lateinamerika. Durch die vorangegangene Militarisierung der Karibik hatte es sich zwar monatelang angebahnt. Dennoch kam der US-Angriff auf Venezuela in dieser Form überraschend. Nicht weniger erstaunlich sind die Entwicklungen seither.

Donald Trump hatte umgehend verkündet, die USA würden Venezuela nun „selbst regieren“ („run the country“). Um die fossilen und mineralischen Rohstoffe zu kontrollieren, setzt die US-Regierung für unbestimmte Zeit auf die Vizepräsidentin Delcy Rodríguez als Interimslösung. Außen vor bleibt hingegen die rechte Oppositionsführerin María Corina Machado – obwohl sie sich zuvor ausgiebig bei Trump angebedert hatte.

Unter der Androhung weiterer Gewalt kooperieren Rodríguez und ihr engerer Machtzirkel mit den USA. Sowohl im Erdöl- als auch im Bergbausektor erhofft sich die US-Regierung massive Investitionen privater Firmen: In erster Linie geht es ihr um politische Stabilität und die Durchsetzung ihrer Interessen. Demokratie, Menschenrechte und der zuvor ins Feld geführte „Krieg gegen die Drogen“ sind allenfalls nebensächlich. Zeitnahe Wahlen strebt Trump nicht an. Stattdessen lobt er unentwegt die Interimspräsidentin und kokettiert damit, Venezuela als 51. Bundesstaat einzuverleiben.

Trotz dieser Entwicklungen verschwand das südamerikanische Land bereits in der ersten Woche nach dem US-Angriff wieder weitgehend aus den Medien. Das lag zum einen daran, dass keine

längeren militärischen Auseinandersetzungen oder Unruhen folgten. Zum anderen verdrängten mehrere internationale Großkrisen das Thema.

Tatsächlich schienen sich die Ereignisse zu überschlagen: In Iran ließ die Regierung tausende Protestierende brutal massakrieren. In Syrien rückte die Armee der neuen Zentralregierung gegen die selbstverwalteten kurdischen Gebiete im Norden vor. Dabei konnten viele IS-Terrorist:innen aus Gefängnissen fliehen. Trump drohte lautstark, die strategisch bedeutsame und rohstoffreiche Insel Grönland „auf dem einfachen“ oder „harten“ Weg zu übernehmen. Damit brachte er europäische Politiker:innen dazu, an die Bedeutung des Völkerrechts zu appellieren – anders als überwiegend im Fall von Venezuela, Iran oder Gaza. Und in den USA ermordeten die Truppen der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) am Rande von Razzien gegen Migrant:innen in Minneapolis die US-Bürger:innen Renée Good und Alex Pretti.

All dies ereignete sich wohlgernekt im Januar. Und diese exemplarische Aufzählung müsste eigentlich noch deutlich länger ausfallen. Doch brutale Kriege wie im Sudan oder im Osten der Demokratischen Republik Kongo rücken in westlichen Medien noch weniger in den Blick als Ereignisse in Lateinamerika.

Jenseits der spürbaren Überforderung, die viele zeitgleiche Krisen hervorrufen, reichen die Auswirkungen der neuen US-Politik weit über Venezuela hinaus. Sie sind Teil des Ringens um die zukünftige Weltordnung. In der Anfang Dezember 2025 veröffentlichten neuen Nationalen Sicherheitsstrategie macht die US-Regierung deutlich, dass sie in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft nicht weniger als politische und wirtschaftliche Dominanz anstrebt – abgesichert durch militärische Mittel. Es geht demnach darum, Migrations- und Drogenflüsse zu stoppen, sich die Rohstoffe des Kontinents zu sichern und andere Mächte – allen voran China, aber auch Russland und Iran – aus Lateinamerika fernzuhalten. Das US-Ziel besteht darin, die gesamte Region durch eine Mischung aus Gewalt, Drohungen und Anreizen in die klassische Hinterhofrolle zurückzudrängen. Die neue Ausrichtung gegenüber Lateinamerika bezeichnet die US-Regierung offen als „Trump-Zusatz“ zur Monroe-Doktrin, mit der die USA in den vergangenen

200 Jahren zahlreiche Interventionen in Lateinamerika rechtfertigten. Mittlerweile ist in Anspielung auf Trumps Vornamen auch von der „Donroe-Doktrin“ die Rede.

Die dieser Tage wieder viel zitierte Monroe-Doktrin stammt ursprünglich aus dem Jahr 1823. US-Präsident James Monroe hatte damals vor dem Kongress erklärt, die europäischen Kolonialmächte sollten sich nicht mehr in die Angelegenheiten der neu entstehenden Staaten Lateinamerikas einmischen. Im Laufe der Jahre entwickelte sich daraus ein Dominanzanspruch gegenüber der gesamten Region. Dabei handelt es sich gar nicht um eine Doktrin im eigentlichen Sinne. Je nach ihren jeweiligen Interessen ließen US-Regierungen sie neu interpretieren. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts nahmen die USA in unterschiedlichen Phasen das Recht in Anspruch, ihre Interessen im „Hinterhof“ rigoros durchzusetzen. Dies konnte durch Militärinterventionen, die Stützung korrupter Diktaturen oder ökonomischen Druck geschehen. Im 20. Jahrhundert richtete es sich praktisch gegen alle Versuche, in lateinamerikanischen Staaten souveräne oder linke Politik umzusetzen. Die US-Außenpolitik wird dabei von verschiedenen Akteuren geprägt. Dazu zählen neben dem Weißen Haus und dem State Department (Außenministerium) insbesondere der Nationale Sicherheitsberater, weitere Ministerien wie Verteidigung, Energie, Wirtschaft, Finanzen und Handel, der Auslandsgeheimdienst CIA, der Kongress, Denkfabriken und auch private US-Unternehmen.¹

1 Zentral ist der jeweilige US-Präsident, der traditionell großen Einfluss auf die außenpolitische Linie hat. Das State Department büßte spätestens im Kalten Krieg gegenüber dem Verteidigungsministerium und dem Nationalen Sicherheitsberater tendenziell an Einfluss ein. Der Kongress hingegen spielte lange keine große Rolle und versucht sich seit dem Debakel im Vietnamkrieg ab Mitte der 1970er Jahre außenpolitische Kompetenzen wieder stärker anzueignen. So steht laut Verfassung eigentlich alleine dem Kongress das Recht zu, einen Krieg zu erklären. Tatsächlich tat er dies in der Geschichte lediglich gegenüber elf Ländern, zuletzt am 4. Juni 1942 gegen Bulgarien, Ungarn und Rumänien, die mit Nazi-Deutschland verbündet waren. Kleinere und größere militärische Interventionen seitens der USA gab es hingegen in hunderten Fällen. Seit Verabschiedung der War Powers Resolution von 1973, bei der ein Veto des damaligen Präsidenten Richard Nixon überstimmt werden musste, dürfen Kampfhandlungen ohne Kongressbeschluss regulär nicht länger als 60 Tage dauern.

Seit Ende des Kalten Krieges schien die Monroe-Doktrin an Relevanz zu verlieren. Ihre Interessen setzten die USA in den 1990er Jahren vor allem mittels multilateraler Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank oder über Freihandelsverträge durch. Der Widerstand sozialer Bewegungen und die Wahl linker Regierungen verpassten der US-amerikanischen Hegemonie in Lateinamerika in den 2000er Jahren dann einen gehörigen Dämpfer.

2013 wollte der damalige US-Außenminister John Kerry die Monroe-Doktrin zwar beerdigen, kaum anderthalb Jahre später aber erklärte US-Präsident Barack Obama die Krise in Venezuela zur „außergewöhnlichen Bedrohung der nationalen Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten“. Damit legte er den juristischen Grundstein dafür, immer neue Sanktionen gegen das südamerikanische Land zu verhängen. Während der ersten Präsidentschaft von Donald Trump verfolgten die USA gegenüber Venezuela offiziell das Ziel eines erzwungenen Regierungswechsels (*regime change*). Die Militäraktion am 3. Januar ist der vorläufige Höhepunkt dieser Eskalation.

Wie diese Neuausrichtung der US-Politik gegenüber Lateinamerika zu bewerten ist, hängt auch vom zeitlichen Maßstab ab, der angelegt wird. Denn als klarer Einschnitt wirkt der trumpsche Imperialismus aus lateinamerikanischer Sicht nur, wenn die letzten 35 Jahre im Mittelpunkt der Analyse stehen. In diesen wirkte der US-Interventionismus subtiler als mit Kanonenbooten, militärischen Eingriffen oder Geheimdienstaktionen. Mit Blick auf die vergangenen 150 bis 200 Jahre zeigt sich hingegen vor allem Kontinuität, unterbrochen durch Phasen relativer Zurückhaltung wie in den 1930er Jahren oder eben seit 1990. Ein Unterschied zu früheren Völkerrechtsbrüchen besteht darin, dass die US-Regierung heute nicht einmal mehr versucht, Interventionen mit höheren Zielen wie Demokratie oder Menschenrechten zu begründen.

Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass die USA in ihrer Geschichte auf viele Menschen in Lateinamerika auch eine nicht unerhebliche Faszination ausübten. US-Lifestyle, Fast Food, Filme, Musik, die Universitätslandschaft und andere Facetten von Soft Power hatten über lange Zeit eine ungeheure Anziehungskraft. Die

„Marylin-Monroe-Doktrin“ schien streckenweise durchaus erfolgreicher zu sein als die klassische „Monroe-Doktrin“. Lebensstandard und Wirtschaftskraft der USA zogen jahrzehntelang Migrant:innen aus dem Süden an, die für sich und ihre Kinder nach einer besseren Zukunft suchten. Die Rücküberweisungen (*remesas*) an die Angehörigen haben in einigen lateinamerikanischen und karibischen Ländern erhebliche finanzielle Bedeutung.

Laut dem letzten Bevölkerungszensus von 2020 leben in den USA rund 62 Millionen Menschen, die ihre Wurzeln südlich der US-Grenze haben (im Zensus als „Hispanic or Latino“ bezeichnet). Dies entspricht 18,7 Prozent der Gesamtbevölkerung – Tendenz steigend. So gesehen stellen die USA heute hinter Brasilien und Mexiko das Land mit der drittgrößten lateinamerikanischen Bevölkerung dar.

Doch die vermeintliche kulturelle US-Dominanz ist längst keine Einbahnstraße mehr. In den Zentren lateinamerikanischer Großstädte und in den Haushalten ihrer Bewohner:innen ist globalisierte US-Kultur mal mehr, mal weniger sichtbar. Zugleich orientieren sich bestimmte Bevölkerungsgruppen seit jeher an den USA. Den gesamten Kontinent durchdrungen hat die US-Kultur aber keineswegs. In manchen Gegenden spielt sie kaum eine Rolle, andernorts verbindet sie sich mit lokalen Einflüssen. Umgekehrt prägt lateinamerikanische Kultur die USA immer stärker – sei es durch Essen, Musik oder Sprache. Längst machen US-Politiker:innen in Kalifornien, Texas, Arizona, New York oder Florida auch Wahlkampf auf Spanisch. Und auch spanischsprachige TV-Sender und Zeitungen sind in der Medienlandschaft fest etabliert. Abgesehen von exilkubanischen Gruppen in Florida tendieren lateinamerikanische US-Wähler:innen seit Jahrzehnten eher zur Demokratischen Partei. Das Bild ist allerdings nicht einheitlich. Konnte Barack Obama in dieser Bevölkerungsgruppe 2008 ganze 67 Prozent der Stimmen und Hillary Clinton 2016 etwa 65 Prozent holen, erreichte George W. Bush 2004 immerhin 42 und Donald Trump 2024 gar 48 Prozent – wenngleich seine Zustimmungswerte seitdem deutlich gefallen sind.

Die aktuelle, aggressive US-Politik gegenüber Lateinamerika ist Anlass genug, sich den historisch belasteten Beziehungen zwi-

schen den USA und ihren südlichen Nachbarstaaten zu widmen. Ausgehend von der ursprünglichen Formulierung der Monroe-Doktrin sollen hierbei die verschiedenen Phasen der US-Politik gegenüber Lateinamerika beleuchtet werden, um die Neuausrichtung historisch einordnen zu können. Der Anspruch besteht nicht darin, jede einzelne Intervention und alle Entwicklungen nachzuzeichnen, sondern einen kompakten Überblick zu bieten, der sowohl das große Ganze als auch relevante Details im Blick behält. Dabei kommen auch immer wieder innenpolitische Entwicklungen sowohl in den USA als auch in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern zur Sprache. In der gegebenen Länge muss dies zwangsläufig lückenhaft bleiben. Der Schwerpunkt des Buches liegt auf den aktuellen Entwicklungen unter der Trump-Regierung. Auch wenn dessen häufig erratische Politik jegliche Analyse erschwert und ein Ende von Trumps Präsidentschaft bereits absehbar ist, könnte die nun formulierte Lateinamerika-Strategie in der ein oder anderen Form noch lange nach ihm Bestand haben. Und das unabhängig davon, wie im November 2026 die Zwischenwahlen zum US-Kongress ausgehen.

Oft wurde die Monroe-Doktrin mit dem eingängigen Slogan „Amerika den Amerikanern!“ zusammengefasst. Dies wirft ein Schlaglicht auf zentrale Bezeichnungen, mit denen zu hantieren bei dem Thema unumgänglich ist. Die englischsprachigen US-Amerikaner:innen meinen damit freilich sich selbst. Amerika steht bei ihnen synonym für USA und wird auch in vielen europäischen Diskursen so verwendet. Im Süden gilt Amerika hingegen als Kontinent und nicht nur als ein Land. In den USA wiederum ist in diesem Fall von „westlicher Hemisphäre“ die Rede. Für die Anfang des 19. Jahrhunderts südlich der USA entstandenen Länder etablierte sich in Intellektuellenkreisen zunächst der Begriff „Hispanoamerika“ und später das und bis heute verbreitete „Lateinamerika“ (oder genauer: Lateinamerika und die Karibik). Dies spielt auf den lateinischen Ursprung des Spanischen und Portugiesischen (und in geringerem Umfang auch des Französischen) an, das in den meisten Ländern südlich der USA heute als Amtssprache gilt. Außen vor bleiben dabei alle indigenen Sprachen, die in dem Gebiet bereits vor der Kolonialisierung existierten und vielfach bis

heute gesprochen werden. Als Kritik am Vormachtanspruch der USA schlug der kubanische Unabhängigkeitskämpfer und Autor José Martí Ende des 19. Jahrhunderts den Begriff „Unser Amerika“ als Alternative vor. Auch die Formulierung „die Amerikas“ versucht deutlich zu machen, dass die Region südlich der USA durch eine gemeinsame Geschichte von Kolonisierung und Widerstand, geteilter Kultur und Vielfalt geprägt ist. Das indigene Erbe wird dadurch allerdings ebenso wenig repräsentiert. Denn freilich ist nicht nur „Latein“, sondern auch „Amerika“ – ob Nord-, Zentral-, oder Südamerika – kolonialen Ursprungs, da der Begriff namentlich auf den italienischen Seefahrer Amerigo Vespucci zurückgeht. Indigene Gruppen und aktivistische Kreise verwenden daher immer häufiger den vorkolonialen Begriff Abya Yala. Dieser stammt ursprünglich von den indigenen Kuna, die entlang der Küste und auf Inseln der heutigen Staaten Panama und Kolumbien leben, und bedeutet „Land in voller Reife“ oder „gerettetes Land“. Wenn in diesem Buch die etablierten Begriffe verwendet werden, dient dies vor allem der allgemeinen Verständlichkeit. Der offensichtliche Widerspruch, der sich durch koloniale Begriffe wie „Lateinamerika“ ergibt, lässt sich nicht einfach auflösen. Er sollte aber im Bewusstsein präsent sein.